## Podcast #39 - Gefahr für Mensch und Umwelt – Was im Critical Raw Materials Act steht

##### [00:00:15.020] - Vanessa Fischer

Mitte März hat die EU Kommission den Entwurf für den Critical Raw Materials Act vorgestellt. Das Gesetzesbündel soll die Versorgung in der EU mit kritischen Rohstoffen sicherstellen. In welchen Punkten er hinter den Erwartungen der Zivilgesellschaft zurückbleibt, darüber spreche ich heute mit Michael Reckordt. Außerdem erklärt uns Carsten Alsleben vom Umweltbundesamt, welche Auswirkungen das Gesetz zukünftig auf Genehmigungsverfahren und die Umwelt haben könnte. Hallo und herzlich willkommen bei Kompass Weltwirtschaft, dem Podcast von PowerShift. Mein Name ist Vanessa Fischer. Ich bin hier Pressereferentin und ich freue mich sehr, dass ihr heute eingeschaltet habt. Wir wollen heute über den Critical Raw Materials Act sprechen und dazu begrüße ich ganz herzlich Michael Reckordt. Er ist Rohstoff-Experte hier bei PowerShift. Hallo Micha.

##### [00:01:15.430] - Michael Reckordt

Hallo, Vanessa. Schön hier zu sein.

##### [00:01:17.420] - Vanessa Fischer

Ja, Micha, die EU Kommission hat vor kurzem den Entwurf für den Critical Raw Materials Act vorgestellt. Im Kern geht es bei dem Gesetzespaket darum, die zukünftige Versorgung mit kritischen Rohstoffen für die europäische Industrie zu sichern. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatte das Gesetz im September vergangenen Jahres angekündigt. Auch vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges will Europa zukünftig unabhängiger von Rohstoffimporten werden. Aber wie genau soll das funktionieren? Michael, was steht dazu in dem Papier?

##### [00:01:48.690] - Michael Reckordt

Ja, vielen Dank. Auch wenn das Gesetz nach den kritischen Rohstoffen benannt ist, Critical Raw Materials Act, definiert es neben den kritischen, also den besonders bedeutsamen Rohstoffen für Zukunftstechnologien, für Verteidigung und Rüstung, für erneuerbare Energien auch noch neuerdings strategische Rohstoffe. Und zu diesen strategischen Rohstoffen gehören besonders wichtige kritische Rohstoffe wie Lithium, Kobalt, seltene Erden oder neu auf der Liste, Kupfer und Nickel. Und für diese strategischen Rohstoffe mit besonderer Bedeutung für die EU-Industrie gibt es nun vier Kennzahlen, auf die ich mich gleich beziehen werde. Und diese Kennzahlen sind von der EU Kommission. Und gerade jetzt diese Woche hat die Nicola Beer von der FDP, die für das Gesetz im Parlament verantwortlich ist, diese Kennzahlen auch noch mal in Frage gestellt. Das heißt, ich beziehe mich jetzt gleich, wenn ich spreche, vor allen Dingen auf den Kommissionsentwurf. Und die erste Kennzahl von den vieren ist, dass die Abhängigkeit von einzelnen Ländern bei metallischen Rohstoffen reduziert werden soll. Bis 2030 soll von keinem Land mehr als 65 Prozent eines Rohstoffs bezogen werden.

##### [00:02:51.570] - Vanessa Fischer

Wie groß sind die Abhängigkeiten denn jetzt? Wir können das natürlich nicht für jeden Rohstoff hier im Podcast jetzt besprechen. Aber hast du vielleicht ein paar Zahlen parat, damit wir uns ein Bild davon machen können und die 65 Prozent, die du gerade genannt hast, vielleicht ein bisschen besser einordnen können?

##### [00:03:07.610] - Michael Reckordt

Ich würde behaupten, dass der Kommissionsentwurf vor allen Dingen auf China abzielt. Bei seltenen Erden beträgt die Abhängigkeit zwischen 85 und 100% von China, bei Magnesium 97%, aber es betrifft auch andere Länder. 92% des Niobs kommt zum Beispiel aus Brasilien oder 79% des Lithium aus Chile. Und bei Platin-Metallen sind es bis zu 94% aus Südafrika. Aber auch bei Massenmetallen wie Bauxit, der der Grundstoff für die Aluminium Produktion ist, kommen 63% europaweit aus dem westafrikanischen Guinea. In Deutschland wären es sogar über 90%.

##### [00:03:41.400] - Vanessa Fischer

Hm, das ist ziemlich viel. Du hast jetzt ja eine Handvoll Rohstoffe genannt, bei denen die Abhängigkeiten bei über 90% liegen. Vor allem bei seltenen Erden ist die Abhängigkeit, wie du auch gesagt hast, eben von China immer wieder auch ein Thema. Wie soll diese Abhängigkeit denn jetzt durch den Critical Raw Materials Act verringert werden? Soll in Zukunft etwa mehr Bergbau auch in der EU betrieben werden?

##### [00:04:04.550] - Michael Reckordt

Ja, das betrifft zwei weitere Kennzahlen. Zum einen, und das ist für viele Rohstoffe mit Recyclingquoten von unter 2 Prozent gut, soll die Recyclingquote auf 15 Prozent bis 2030 gesteigert werden. Das ist für einige der Rohstoffe ambitioniert und wird leider nicht mit Maßnahmen und Instrumenten unterfüttert, sondern hauptsächlich an die Mitgliedsstaaten delegiert. Das sind so Sätze wie "should increase" etc. Für einige andere strategische Rohstoffe sind diese 15% übrigens auch sehr unterambitioniert, weil wir schon heute Quoten haben, die bei über 20 oder 30% liegen. Und die dritte Kennzahl ist 10%, denn 10% der strategischen Rohstoffe sollen in Zukunft in der EU selbst abgebaut werden.

##### [00:04:44.350] - Vanessa Fischer

10% klingt erst mal gar nicht so viel. Wie viel sind es denn im Moment? Und ist da auch schon klar, wo dann vor allem abgebaut werden soll?

##### [00:04:54.700] - Michael Reckordt

Aktuell werden nur circa 2% der Rohstoffe für die Batterien von E-Autos zum Beispiel in der EU abgebaut. Sprich in Zukunft soll der Abbau von Kobalt und Nickel wahrscheinlich vor allem in Skandinavien und Finnland, also Finnland und Schweden oder Lithium, wo es gerade viele Projekte in Spanien, Portugal oder auch in Frankreich geben wird, die sollen das unterstützen. Dafür soll es sowohl Finanzierungsmöglichkeiten geben, die allerdings in der Verordnung nur angedeutet werden. Das heißt, das Gesetz ist bis jetzt nicht mit Geldern unterfüttert, aber es soll auch Beschleunigungen der Genehmigungsverfahren geben. Die Kommission möchte zum Beispiel, dass die Genehmigungsverfahren unter zwei Jahre liegen für eine neue Mine oder für bestimmte strategische Projekte. Heute braucht eine Mine von der Exploration bis zur Produktion zwischen 10 und 20 Jahren. Wenn man sich die Gefahren einer Mine, die zum Beispiel das potentielle Freisetzen von Schwermetallen oder radioaktivem Material ansieht oder den sehr hohen Wasserverbrauch, wird es verständlich, dass genauer geprüft werden muss. Und diese genauen Prüfungen benötigen natürlich Zeit. Und es hat zum Beispiel sehr beunruhigt, wie mit dem Genehmigungsverfahren und unter Umständen auch Umweltverträglichkeitsprüfung für strategische Projekte in Zukunft verfahren werden könnte.

##### [00:06:09.040] - Vanessa Fischer

An dieser Stelle ganz kurz Umweltverträglichkeitsprüfung, die du gerade genannt hast, sind Verfahren, die dazu dienen, die möglichen Auswirkungen von Projekten auf die Umwelt, also auf Menschen, Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, aber auch auf Boden, Wasser, Luft und Klima festzulegen und in einem Bericht zu beschreiben. Letztendlich entscheiden Behörden so über die Zulassungen eines Projektes. So eine Umweltverträglichkeitsprüfung muss für bestimmte Arten von Vorhaben durchgeführt werden, wie zum Beispiel für größere Industrieanlagen, Verkehrsbauten und eben auch für Bergbauprojekte. Wir haben im Podcast schon öfter darüber gesprochen, dass besonders beim Bergbau die Umweltrisiken sehr hoch sind. Und deshalb haben wir uns auch gefragt, was es bedeutet, dass diese Prüfung laut Entwurf nun verkürzt werden soll. Wir haben deshalb mit Carsten Alsleben vom Umweltbundesamt gesprochen. Er ist Jurist und Diplom-Ingenieur für Landschaftnutzung. Beim Umweltbundesamt forscht er unter anderem eben auch zu Umweltverträglichkeitsprüfungen. Und wir haben ihn gefragt, was er davon hält, dass diese laut Artikel 11 des Entwurfs beschleunigt werden sollen. Und er hat uns dazu folgendes geantwortet.

##### [00:07:14.390] - Carsten Alsleben

Artikel 11 nennt ja drei verschiedene Fristen. In dem Absatz 1 sagt Artikel 11, dass die Festlegung des Untersuchungsrahmens, wenn die vom Vorhabenträger beantragt wird, höchstens 30 Tage dauern darf. Das muss man sich so vorstellen. Der Vorhabenträger wendet sich an die Behörde und möchte von der Behörde wissen, welche Unterlagen muss ich eigentlich vorlegen? Welche Besonderheiten sind hier zu erwarten? Welche Informationen sind eigentlich bei der Behörde schon vorhanden? Welche Untersuchungstiefe muss das Ganze haben in Bezug auf die Umweltauswirkung? Das ist ein übliches Vorgehen. Allerdings gibt es im deutschen Recht bisher keine Frist dafür. Und diese 30 Tage, die da jetzt angegeben sind, die erscheinen mir sehr knapp zu sein. Die erscheinen mir besonders deshalb knapp zu sein, weil es nicht unüblich ist, dass man bei dieser sogenannten Festlegung des Untersuchungsrahmens auch andere Behörden beteiligt. Wenn ich das jetzt innerhalb von 30 Tagen machen soll, das wird schwierig.

##### [00:08:28.520] - Vanessa Fischer

In einem ersten Schritt legt die Behörde also fest, was überhaupt untersucht werden muss. Laut Umweltbundesamt ist die im Entwurf genannte Frist von 30 Tagen dafür ziemlich knapp. Es gibt aber noch zwei weitere Fristen. Zum einen die Frist für die Anhörung der betroffenen Öffentlichkeit. Carsten Alsleben hat uns das so erklärt. Wenn der Bericht zur Umweltverträglichkeitsprüfung, kurz UVP, fertig ist, dann wird er einen Monat lang über die UVP-Portale der Länder ausgelegt und ist dort dann 24 Stunden am Tag für die Öffentlichkeit zugänglich. Zusätzlich gibt es auch Auslegungen vor Ort in Behörden und Rathäusern zum Beispiel. Nach einem Monat öffentlicher Auslegung haben Bürger\*innen und Umweltverbände in Deutschland bisher einen weiteren Monat Zeit, um eine Stellungnahme zu verfassen und darin ihre Bedenken zu dem Projekt zu äußern. Im Entwurf des Critical Raw Materials Act steht, dass diese Frist künftig nicht mehr als 90 Tage betragen soll. Sie ist somit nicht kürzer als bisher, da wir ja in Deutschland bisher einen Monat Auslegung und einen Monat Einwendungsfrist haben, also insgesamt zwei Monate. Wie schätzt du das denn ein, Micha?

##### [00:09:35.140] - Michael Reckordt

Für Deutschland klingt das erst mal beruhigend. Gleichzeitig ist die Frage, wie mit dem zeitlichen Druck, denn es handelt sich ja maximal zwei Monate, in anderen Ländern umgegangen wird. Aus Portugal haben wir gehört, dass zuletzt eine lokale Gemeinde nur zehn Tage Zeit hatte, eine fast 1800 Seiten umfassende UVP zu lesen und zu kommentieren. Diese Art von Beschleunigung nimmt den Betroffenen ihre Partizipationsrechte, ihre Einhaltung, also demokratische Mitbestimmung ist so nicht mehr möglich. Vor allen Dingen, wenn man bedenken muss, dass viele der Betroffenen das in ihrer Freizeit machen, weil sie eigentlich einen ganz normalen Job noch nachgehen müssen.

##### [00:10:11.160] - Vanessa Fischer

Das ist ein wichtiger Punkt, den du da ansprichst. Kommen wir jetzt aber noch mal zur dritten und letzten Frist, die im Entwurf des Critical Raw Materials Act genannt wird. Diese besagt, dass die Behörde ihre Schlussfolgerung innerhalb von drei Monaten erstellen muss. Diese Schlussfolgerung nennt sich nach deutschem Recht begründete Bewertung der Umweltauswirkungen. Das ist der Verfahrensschritt, so hat uns das Herr Alsleben vom Umweltbundesamt erklärt, der kommt, wenn die Behörde alle Informationen vorliegen hat, also die Informationen vom Vorhabenträger, aus dem UVP-Bericht und aus der öffentlichen Auslegung von Bürger\*innen- und Umweltverbänden, die Einwendung erhoben haben. Wir haben Carsten Alsleben gefragt, wie es danach weitergeht und er hat folgendes dazu gesagt:.

##### [00:10:54.900] - Carsten Alsleben

Wenn all diese Informationen vorliegen, ist es in der Umweltverträglichkeitsprüfung so, dass eine begründete Bewertung der Umweltauswirkung erstellt wird. Und das ist jetzt tatsächlich eine Änderung. Dafür ist bisher kein Zeitraum festgelegt. Und hier wird jetzt aber gesagt, das muss innerhalb von drei Monaten gemacht werden. Wie kann man das bewerten? Das ist natürlich wieder, wenn ich keine Frist habe, kann ich besser mit jedem Einzelfall spezifisch arbeiten. Wenn ich also sehr komplizierte Prüfungen habe, hätte ich mehr Zeit. Bei einfach gelagerten Fällen hätte ich weniger Zeit. Das wird jetzt hier eingeschränkt. Und wenn man jetzt sagt, man macht das innerhalb von drei Monaten, das würde ich pauschal jetzt erst mal für möglich halten, weil ja alle Informationen auf dem Tisch liegen, dann brauche ich aber natürlich auch die Kapazität in der Behörde. Dann brauche ich da das entsprechende Personal. Das Personal muss dann auch zur Verfügung stehen, um diese Bewertung dann vornehmen zu können. Und das ist natürlich dann auch ein wichtiger Schritt, weil da natürlich das Material zusammengestellt wird, was dann bei der Zulassungsentscheidung berücksichtigt werden soll. Wenn ich an der Stelle einen Fehler mache, dann kann einfach hinterher die Behörde eben nicht aufgrund eines ausgewogenen und vollständigen Materials möglicherweise ihre Entscheidungen treffen und macht dann eventuell einen Fehler, weil sie bestimmte Umweltbelange nicht mit dem notwendigen Gewicht bewertet.

##### [00:12:28.480] - Vanessa Fischer

Fassen wir also zusammen. Im Entwurf für den Critical Raw Materials Act werden drei verschiedene Fristen im Rahmen von Umweltverträglichkeitsprüfungen genannt. Für Deutschland ändert sich nicht in allen Fällen etwas. Positiv ist zum Beispiel, dass sich für die Beteiligung der Öffentlichkeit in Deutschland nicht unbedingt etwas ändert. Problematisch könnte es aber sein, dass die Behörde für die Bewertung am Ende nur drei Monate Zeit hat und so gegebenenfalls Umweltbelange nicht richtig bewerten kann. Es wäre also gut, wenn im Entwurf an dieser Stelle noch einmal ein bisschen nachgebessert würde. Gehen wir aber mal vom Thema der UVPs weg. Micha, was steht denn sonst noch in dem Papier?

##### [00:13:04.910] - Michael Reckordt

Ja, an dieser Stelle kommen wir zu der vierten Kennzahl. Sprich nach 65% maximale Abhängigkeit von einem Land, 10 Prozent heimischen Bergbau und 15 Prozent Recycling, soll auch die Weiterverarbeitung verstärkt in Europa stattfinden. Aktuell liegt bei den meisten kritischen Rohstoffen diese Weiterverarbeitung bei deutlich unter 20%, bei den schon erwähnten Batterierohstoffen sogar bei nur 4%. Diese soll bis 2030 auf 40% ansteigen. In erster Linie soll das laut Plänen der Kommission zu Lasten von China gehen. Bei einem zweiten und näheren Blick stellt sich allerdings die Frage, wie dieser massive Ausbau von Schmelzen und Raffinerien gelingen soll, wenn man gleichzeitig rhetorisch den rohstoffreichen Ländern im globalen Süden eine Wertschöpfungsverlängerung zugestehen möchte. Denn die Rhetorik dieser Win-Win-Partnerschaften, wie die EU sie nennt, soll Ländern in Lateinamerika, Südostasien oder auf dem afrikanischen Kontinent motivieren, ihre Rohstoffe abzubauen, weiter zu verarbeiten und die Metalle dann nach Europa zu exportieren. Das heißt stärkere Arbeitsplatzgewinnung auch in diesen rohstoffreichen Ländern. Das Ziel 40% der Erze allerdings hier weiter zu verarbeiten, steht in einem direkten Widerspruch zu dieser Absichtserklärung, diese Wertschöpfungsketten im globalen Süden auszubauen. Und wir sehen in den ersten Kommentierungen, dass einige der Parlamentarier\*innen bis hin in die konservative Partei rein diese 40% auch in Frage stellen, während die Mitgliedsstaaten in ersten Äußerungen sogar diesen Wert noch nach oben treiben wollen.

##### [00:14:33.790] - Vanessa Fischer

Ja, über Wertschöpfungsketten habe ich hier im Podcast ja auch schon mal mit Hannah gesprochen und zwar war das im Podcast Folge 35, unserer Jahresrückblicksfolge. Damals haben wir den alternativen Rohstoffgipfel, der ja im Oktober vergangenes Jahr hier in Berlin stattgefunden hat, noch mal Revue passieren lassen. Und da haben wir in einen Ausschnitt rein gehört, was Franziska Brandner, also die Staatssekretärin im Wirtschaftsministerium, damals beim alternativen Rohstoffgipfel gesagt hat. Und sie meinte damals, dass wir nicht nur über den Export der Primärrohstoffe nachdenken müssen, sondern auch über die Weiterverarbeitung vor Ort, damit dort eben mehr Wertschöpfung in den Ländern bleibt und auch, dass sie sich sehr dafür einsetzen wird.

##### [00:15:14.150] - Michael Reckordt

Das ist im Grunde auch die widersprüchliche und begleitende Kommunikation der EU-Kommission. Also auf der einen Seite dieses Wort wörtlich von Win-Win-Partnerschaften gesprochen wird. Ich meine, wenn man bei Partnerschaften das Win-Win betonen muss, ist das auch immer ein bisschen verdächtig. Aber in dieser Rhetorik wird zur Verlängerung von Wertschöpfungsketten beigetragen. Zum anderen aber will die EU weiterhin bilaterale Handelsabkommen aktuell mit Chile, Mercosur oder Mexiko oder Indonesien verhandeln und nutzt WTO-Klagemechanismen, um gegen Exporteinschränkungen vorzugehen. So hat die EU erst Ende letzten Jahres eine WTO-Klage gegen Indonesien gewonnen, weil der Inselstaat in Asien den Export von Nickel verboten hat, mit dem Ziel, diesen Rohstoff vor Ort weiterzuverarbeiten. Und die massiven Investitionen in die Weiterverarbeitung zeigen, dass Indonesien damit auch erfolgreich war. Übrigens nicht ohne Probleme für Arbeits und Menschenrechte und Umweltschutz vor Ort, aber demokratisch durchaus legitim. Und aktuell hat Indonesien auch angekündigt, diese Exportverbote sogar auszuweiten, auch noch auf Bauxit-Exporte im Laufe des Jahres.

##### [00:16:20.950] - Vanessa Fischer

Auch hier setzen sich koloniale Kontinuitäten fort. Wir haben jetzt viel über den Rohstoffbezug gesprochen, woher und wie Europa in Zukunft seine Rohstoffe beziehen will. Eine andere Möglichkeit Versorgungslücken entgegenzuwirken, wären die Reduktion oder auch die nachhaltigere Nutzung von Rohstoffen. Steht dazu denn etwas im Critical Raw Materials Act?

##### [00:16:39.880] - Michael Reckordt

Nein, zu der Reduktion unseres global ungerechtfertigten viel zu hohen Verbrauchs steht überhaupt nichts.

##### [00:16:45.960] - Vanessa Fischer

Oha, gar nichts? Also nicht mal irgendwas in der Begleitforschung?

##### [00:16:49.640] - Michael Reckordt

Nein, nichts. nada. Es ist so, als wäre das letzte Jahrzehnt mit vielen Berichten über Trinkwasserverschmutzung, toten Arbeiter\*innen, Kinderarbeit, ermordeten Aktivist\*innen, zunehmenden Konflikten und dass 10 Prozent oder 10 bis 15 Prozent sogar der globalen CO2-Emission auf den Bergbau und die direkte Verarbeitung zurückgehen, vollkommen spurlos an der EU-Kommission vorbeigegangen. Die einzigen Dinge, die in diese Richtung interpretiert werden könnten, ist, dass zum einen ein ökologischer Fußabdruck für importierte Metalle berechnet werden soll. Wobei soll ist schon zu viel gesagt, es wird eher angeregt. Aber auch nur, wenn dadurch der Handel mit diesen Rohstoffen nicht verzerrt wird, sprich die Kosten nicht steigen. Da werden also die Industrieargumente gegen einen ökologischen Fußabdruck schon direkt mitgeliefert.

##### [00:17:35.070] - Vanessa Fischer

Und wie sieht es mit Kreislaufwirtschaft aus? In einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft ist ja das Ziel, dass Produkte, Materialien und Ressourcen so lange wie möglich erhalten bleiben und zwar in gleicher Qualität. Und damit das funktioniert, dafür muss eben schon beim Design der Produkte begonnen werden. Wird der Ausbau der Kreislaufwirtschaft denn im Entwurf des Critical Raw Materials Act auch als ein Mittel genannt, um den Primärrohstoffverbrauch künftig zu senken?

##### [00:17:59.840] - Michael Reckordt

Bei Kreislaufwirtschaft steht vor allem das progressive Ziel mit 15 Prozent. Allerdings ist das nicht unterfüttert mit Maßnahmen. Hier wird eher an die Mitgliedsstaaten appelliert, doch bitte die Quote zu erreichen. Sie sollen zum Beispiel die effiziente Nutzung von Rohstoffen promoten. Mitgliedsstaaten sollen auch die Sammlung von Metallen verbessern sowie die Rückführraten erhöhen. Aber es steht wenig wie und es wird vor allem nicht koordiniert von der EU und wie z. B. länderübergreifend so was geschehen kann. Am Ende, ja würde ich fast sagen, liest sich das ein wenig wie Resignation und nicht wie ein Aufbruch.

##### [00:18:31.650] - Vanessa Fischer

Und wie geht es jetzt weiter? Das ist ja erst mal der Entwurf.

##### [00:18:37.180] - Michael Reckordt

Nun ja, es gibt zwei Szenarien. Das geplante Szenario aktuell ist, bis zum Frühjahr 2024 würde das Gesetz stehen. Das liegt einfach daran, dass ab spätestens März April nächsten Jahres ja schon die Hochphase des Europäischen Wahlkampfes ist. Das Parlament wird im Mai neu gewählt. Das würde bedeuten, dass noch vor der Sommerpause, also im Grunde, wenn ihr jetzt den Podcast hört, die ersten Ausschüsse im EU-Parlament sich auf Meinungen und Veränderungen des Gesetzes geeinigt haben. Aktuell ist der Zeitplan, dass im Juli schon zwei Ausschüsse sich entscheiden und der federführende ITRE, der Binnenmarktausschuss, sich im September entscheidet. Dann käme es nach der Sommerpause zur Abstimmung im Europaparlament und danach müsste es zum Trilog kommen, da auch die Mitgliedsstaaten sich ebenfalls in dieser gleichen schnellen Frist einigen müssen. Das ist sehr sportlich und könnte bedeuten, dass zwischen Aufnahme dieses Podcasts und dem Moment, wo ihr diesen Podcast hört, schon einiges passiert ist.

##### [00:19:32.310] - Vanessa Fischer

Und das zweite Szenario?

##### [00:19:34.590] - Michael Reckordt

Das zweite Szenario ist, es braucht alles mehr Zeit. Wird nicht Anfang 2024 fertig und wird dann mit dem nächsten Parlament und der nächsten Kommission diskutiert werden müssen. Wenn man sich allerdings den europäischen Rechtsruck der letzten Jahre ansieht und vielleicht auch noch den kommenden, vor allem in den skandinavischen Bergbau-Nationen und was in Frankreich und Spanien droht oder drohen könnte und auch in Italien passiert ist und von Osteuropa sprechen wir gerade noch gar nicht, lässt mich für dieses Gesetz auch nicht viel positiver in die Zukunft blicken, gerade was die progressiven Sachen in Richtung Kreislaufwirtschaft, Reduktion et cetera angeht. Aktuell würde ich sagen, der Wandel, die notwendige Rohstoffwende wird mit dem Critical Raw Materials Act nicht eingeleitet. Aber als PowerShift bleiben wir mit unseren Kolleginnen im AK Rohstoffe und auf europäischer Ebene dran an dem Thema und versuchen unser Bestes.

##### [00:20:20.940] - Vanessa Fischer

Das ist ein bisschen ein niederschmetternder Ausblick zum Ende unserer heutigen Folge.

##### [00:20:25.670] - Michael Reckordt

Entschuldigung.

##### [00:20:27.270] - Vanessa Fischer

Na ja, hoffen wir mal, dass das erste Szenario eintritt, jetzt alles ganz schnell geht und das Gesetz mit ein paar Änderungen in unserem Sinne bis zum Frühjahr 2024 dann steht. Damit das klappt, müssen wir natürlich weiterhin Druck auf die Entscheidungsträger\*innen machen und dafür brauchen wir Geld. Wenn ihr uns unterstützen wollt, könnt ihr uns gerne spenden. Alle Informationen dazu findet ihr wie immer in den Shownotes. Micha, ich danke dir, dass du heute hier warst und uns so umfangreich zum Critical Raw Materials Act geupdatet hast. Und natürlich bedanke ich mich auch bei allen Zuhörer\*innen, teilt, liked und abonniert unseren Podcast und hoffentlich bis zum nächsten Mal. Tschüss.

##### [00:21:04.420] - Michael Reckordt

Auf bald.